



Bundesministerium  
der Justiz und  
für Verbraucherschutz



Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Lisa Paus  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Christian Lange MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär  
bei der Bundesministerin der Justiz und  
für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin  
TEL +49 (030)18 580-9010  
FAX +49 (030)18 580-9048  
E-MAIL pst-lange@bmjv.bund.de

DATUM 10. August 2020

Betr.: Ihre schriftliche Frage Nr. 7/514 vom 31. Juli 2020

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

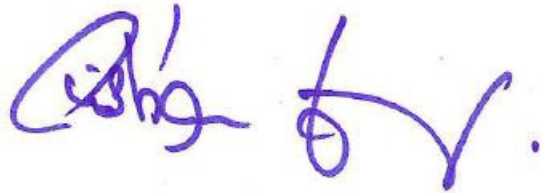
Frage 7/514: *Wird die Bundesregierung während der deutschen Ratspräsidentschaft auch das Gesetzesvorhaben zur Offenlegung von Ertragsteuerinformationen (das sogenannte öffentliche Country-by-Country Reporting on Taxes – pCBCR) zur Abstimmung beim anstehenden Wettbewerbsrat im September bringen und wenn nein, wie ist das mit dem Verständnis des Vorsitzes als „neutraler Vermittler“ vereinbar?*

Antwort:

Die indikative Tagesordnung für die Sitzung des Wettbewerbsfähigkeitsrates am 24. und 25. September 2020 sieht derzeit keine Befassung des Rates mit dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick

auf die Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen vor. Die Meinungsbildung zu dem genannten Dossier ist innerhalb des Rates noch nicht abgeschlossen. Die Bundesregierung ist sich der Rolle des Ratsvorsitzes als „neutralem Vermittler“ bewusst und stimmt ihr weiteres Vorgehen derzeit ab.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized first name followed by a last name and a period.